Nr. 79. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährlich 16,50 Mk., monatlich 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 13,— Mk. bei wöchentlich einmal Zustellung 11,— Mk. + Porto-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das jedes gedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 12. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Kohlenfrage und Räumungsfristen.

Der französische Ministerpräsident Millerand hat in seiner Note vom 8. Februar erklärt, daß Deutschland seinen Pflichten hinsichtlich der Kohlenlieferung nicht nachgekommen sei, und daraus leitet er sein Recht her, mit einer zeitlichen Ausdehnung der Besetzung und mit weiteren Zwangsmaßnahmen zu drohen. In seiner Note ist mit keinem Wort von den alliierten und assoziierten Regierungen und vom Wiedergutmachungsausschuß die Rede, sondern die ganze Angelegenheit wird so behandelt, als ob sie nur zwischen Frankreich und Deutschland allein zu erledigen wäre.

Es kann gar nicht entschieden genug betont werden, daß die Stellungnahme der französischen Regierung rechtlich unhaltbar ist. Das Recht der Besetzung wird nicht von Frankreich, sondern von den alliierten und assoziierten Mächten ausgeübt. Ob die Dauer der Besetzung auszudehnen oder abzukürzen ist, und ob sonstige Zwangsmittel gegen Deutschland wegen Nichterfüllung des Vertrages anzuwenden sind, hat nicht die französische Regierung, sondern der Wiedergutmachungsausschuß zu bestimmen. Im Rat der Alliierten und Assoziierten und in dessen Organ, dem Wiedergutmachungsausschuß, hat Frankreich eine gewichtige Stimme, es bildet aber nur den Teil eines Ganzen und dieser Teil ist nicht berechtigt, sich an die Stelle des Ganzen zu setzen.

Die Lage Deutschlands ist schlimm genug, da der dauernde Druck der Entente auf ihm lastet. Daß aber jeder Teil der siegreichen Koalition mit Deutschland machen könnte, was ihm beliebt, wäre ein Nonsens. Mit demselben Recht wie Frankreich könnte morgen Italien, übermorgen Polen und überübermorgen die Tschechoslowakei kommen, um den Schuldschein zu präsentieren und Zwangsvollstreckungen vorzunehmen. Das ist nicht der Weg, den der Friedensvertrag vorsieht, und nicht der Weg zu einer neuen Ordnung zu kommen, sondern daraus müßte sich ein Rattenkönig von Konflikten ergeben zwischen den Alliierten und Deutschland und schließlich zwischen den Alliierten untereinander.

Frankreich ist nicht berechtigt, von sich aus zu erklären, daß die Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Diese Erklärung widerspricht dem Friedensvertrag. Die Räumungsfristen haben in der Minute zu laufen begonnen, in der der Vertrag in Kraft trat. Die Räumung hat nach Ablauf der Fristen zu erfolgen, falls bis dahin Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Ob dies der Fall war oder nicht, hat nicht Frankreich, sondern der Wiedergutmachungsausschuß zu entscheiden.

An diesem Standpunkt muß festgehalten werden, wenn wir nicht dulden wollen, daß wir in vertragswidriger Weise auch noch des allerletzten Restes unserer Rechte beraubt werden.

Sammelpolitik in Rußland?

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir einen Aufruf zur Kenntnis unserer Leser gebracht, der die Stimmung mancher Kreise Rußlands kennzeichnet und daher als Symptom beachtenswert ist. Ueberflüssig zu sagen, daß sich durch die Veröffentlichung solcher Verzweiflungsrufe aus dem östlichen Chaos die Redaktion in ihrer eigenen Stellungnahme nicht bindet. Die der deutschen Sozialdemokratie ungefähr entsprechenden politischen Richtungen Rußlands bestimmen ihre Politik selbst, und soweit wir unterrichtet sind, glauben wir nicht, daß sie für eine Politik zu haben sind, die sich in den Richtlinien jenes Aufrufs bewegt.

Das russische Problem ist unendlich verwickelt, und nachdem der Plan, den Bolschewismus von außen her militärisch zu überwinden, nach Verdienst gescheitert ist, ist die Frage seiner inneren Ueberwindung brennender geworden denn je. Aber der Antibolschewismus ist an sich noch kein Programm, man muß wissen, was man an seine Stelle setzen will, und so gehen unter den antibolschewistischen Parteien die Meinungen über Ziel und Methoden sehr weit auseinander. Auf keinen Fall werden sozialdemokratische oder überhaupt irgendwie freiheitlich gerichtete Parteien eine Entwicklung begünstigen wollen, die in Rußland an Stelle des roten Terrors den weißen setzt und die russischen Zustände in ungarische verwandelt. Die deutsche Sozialdemokratie wünscht in allen Ländern den Fortschritt eines methodisch aufbauenden, das Volkswohl fördernden praktischen Sozialismus auf dem Boden demokratischer Staatseinrichtungen und glaubt sich in diesem Wunsche mit den nichtbolschewistischen Sozialisten Rußlands eins. Wie der Weg zu diesem Ziel zu finden ist, muß dem Urteil der russischen Genossen überlassen bleiben.

Der Vormarsch der Bolschewisten.

Bericht des englischen Kriegsministeriums vom 8. 2. über die Lage in Südrußland. Die roten Truppen haben ihren Vormarsch in der Richtung des Dnjestr fortgesetzt. Die bolschewistischen Streitkräfte, die durch die Meerenge in die Krim eingedrungen waren, sind nach ihrem Ausgangspunkt zurückgeschlagen worden. Die bolschewistischen Versuche, neuerdings den Don zu überschreiten, wurden zunichte gemacht. Die roten Truppen erlitten schwere Verluste. Eine Abteilung konnte immerhin das Asowsche Meer durchqueren und sich an dem südlichen Ufer festsetzen. Westlich des Kaspischen Meeres schlugen Truppen Denikins den Feind weiter zurück.

Gegen Deutschlands Vergewaltigung.

Der österreichischen Friedensgesellschaft wurde ein Aufruf überreicht, der von dem „Bund für Weltfreundschaft" in London erlassen wurde und der die Unterschriften bedeutender Persönlichkeiten, namhafter Autoren, Politiker, Universitätsrektoren und Arbeiterführer trägt. Der Ueberbringer Doms sprach bei der Ueberreichung die besten Wünsche aus, daß die Qualen des deutschen und des österreichischen Volkes bald beendet sein möchten. In dem „Aufruf an die Mitarbeiter und Brüder im Leid" heißt es u. a.: Wir wünschen mit Ihnen in eine bessere Welt einzutreten. Deshalb bedauern wir diesen Frieden der Gewalt, den das Gewissen der Welt verdammt. Wir versprechen dafür zu arbeiten, daß dieser Frieden durch eine Uebereinkunft ersetzt werde, die die Grundsätze der Selbstverwaltung und der Gerechtigkeit enthält.

•

Millerand, Marschall Foch, Marsal und Berthelot sind in London eingetroffen.

Zwischenfall in Flensburg.

Uns wird berichtet: Aus dem Hotel „Flensburger Hof" in Flensburg, in dem die interalliierte Kommission ihren Sitz hat, waren entsprechend der Nationalität der Kommissionsmitglieder, die Flaggen Englands, Frankreichs, Norwegens und Schwedens gehißt. In der letzten Nacht sind von unbekannter Hand die Flaggen Englands und Frankreichs entfernt und durch die deutsche und schleswig-holsteinische ersetzt worden. Der Vorgang ist außerordentlich bedauerlich und nicht geeignet, die Stellung des Deutschtums gegenüber der interalliierten Kommission zu stärken.

Strafmaßnahmen in Oppeln.

Infolge der Zwischenfälle beim Einzug der Alliierten ist von den Verwaltungsbehörden in Oppeln jede öffentliche Versammlung untersagt worden. Politische Plakate müssen den Abstimmungsbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden. Jede Person, die sich einer Beleidigung der alliierten Vertreter schuldig macht, wird von einem aus Vertretern der Alliierten gebildeten Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

Ende des Solinger Ausstandes.

Der Ausstand in Solingen geht seinem Ende entgegen. Es wird zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandelt. Vertreter der Regierung und des Gewerberats sind Mittwoch nach Solingen gefahren und haben dort mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Rücksprache genommen. Es besteht Aussicht, daß eine Einigung der Parteien im Laufe der nächsten Tage erzielt werden kann. Die Arbeitnehmer haben erklärt, daß sie vorläufig die Notstandsarbeiten ausführen werden.

Weitere Schließung von Eisenbahnwerkstätten.

Die Eisenbahndirektion Altona teilt mit: Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes ist die Eisenbahnhauptwerkstätte Harburg an der Elbe am 12. Februar morgens geschlossen worden. Sie wird demnächst unter Arbeitsbedingungen wieder eröffnet, welche die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und erhöhte Arbeitsergebnisse ermöglichen. Aufgenommen werden, bei erheblicher Einschränkung der Belegschaft, nur solche Arbeiter, die sich zu der mit den Gewerkschaften bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen vereinbarten Arbeit im Gedinge und zu einer täglichen Arbeitszeit von vollen acht Stunden verpflichten.

Stichwahlen in Ungarn.

Am Montag fanden die Stichwahlen für die ungarische Nationalversammlung statt. Die Partei der kleinen Landwirte verfügt über 79 Mandate, während die Zahl der Abgeordneten des christlichen Blockes bestenfalls 75 betragen wird. Die Frage der Königswahl dürfte erst im Sommer zur Diskussion gelangen.

Zu Rußlands Friedensangebot.

Das Ministerium des Aeußern in Warschau teilt mit:

Am 4. Februar wurde an den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, Tschitscherin, folgende Depesche gesandt:

Die Regierung der polnischen Republik bestätigt den Empfang der radiotriegraphischen Deklaration der russischen Sowjetrepublik vom 29. Januar 1920. Die Deklaration wird genau untersucht und sodann der Regierung Sowjetrußlands die Antwort erteilt werden.

Stanislaus Patek, Minister des Aeußern.

Die Beamten im Parteikampf.

Von Max Gronefeld.

Vor mir liegt ein Stoß Zeitungsausschnitte, die sich mit der Beamtenfrage befassen und ein getreues Abbild davon geben, wie die rechtsstehenden Parteien bestrebt sind, die Beamtenschaft mit allen erdenklichen Mitteln auf ihre Seite zu ziehen. Während sich ein Teil darauf beschränkt, die in der sozialdemokratischen Presse behandelten Beamtenfragen auf seine Weise zu glossieren, bringt der andere auch wirklich einmal eigene Gedanken, und da ist es ergötzlich zu sehen, mit welcher Kraft und Ueberzeugungstreue die Deutschnationalen und Volksparteiler sich als Hüter der Beamtenrechte und Forderungen aufwerfen, von denen sie vor dem 9. November 1918 aber auch nicht das Geringste gewußt haben.

Es ist selbstverständlich, daß gerade diese Parteien die wirtschaftlichen Forderungen der Beamtenschaft in den Vordergrund ihrer Erörterungen stellen. Den Bestrebungen der Beamtenverbände, die vor dem 9. November nur unmündige Kinder waren, und deren bescheidene Forderungen sie als die Stützen des alten Systems zu vertreten hatten, haben sie ja nie Verständnis entgegengebracht. Um so mehr kann man sich heute nicht genug tun in der Aufstellung wirtschaftlicher Forderungen, da man ja jeder Verantwortung bar ist und nur das eine im Auge hat, die vielen verlorenen Schäfchen wieder einzufangen.

So stellt eines Tages der Beamtenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei mit Entrüstung fest, daß die organisierte Beamtenschaft bei Festsetzung der Erhöhung der Teuerungszulage übergangen wurde, und fordert für die Beamtenschaft eine Erhöhung um mindestens 300 Prozent. Die Deutschnationalen haben immer aus der Not des Vaterlandes Kapital geschlagen. Während der Deutsche Beamtenbund als die wirtschaftliche Interessenvertretung der deutschen Beamtenschaft eine Erhöhung von 150 Proz. als Forderung aufstellte, glaubten die Deutschnationalen das Doppelte verlangen und im Parlament vertreten zu müssen, ohne Rücksicht darauf, daß hieraus dem Staate Milliarden Mehrkosten erwachsen, die man früher wohl für den Militarismus, aber nicht für die Beamtenschaft übrig hatte.

Zweifellos war es Kurzsichtigkeit der verantwortlichen Stellen, den Beamtenbund in der entscheidenden Frage zu übergehen; daß sich aber die Deutschnationalen darüber entrüsten, ist denkenden Beamten unverständlich. Ist den Deutschnationalen und Volksparteilern nicht der Kampf bekannt, den der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, einer der ältesten und fortschrittlichsten Beamtenverbände, gerade in diesem Punkte unter der Herrschaft Stephans und Podbielskis mit seiner Verwaltung führen mußte? Unter Aufopferung seiner führenden Mitglieder mußte sich dieser Verband dem Willen der Verwaltung fügen, und die Forderung der wirtschaftlichen Interessenvertretung seiner Mitglieder in den Satzungen streichen. Gerade die deutschnationalen Gesinnungsschnüffler waren es damals, die die organisierten Beamten schweifwedelnd bei den Vorgesetzten in Mißkredit zu bringen suchten und die Gewerkschaftsbewegung in der Beamtenschaft auf das schwerste gefährdeten. Waren es nicht die Deutschnationalen, die Stützen des alten Systems, die die Beamten während des 4½jährigen Krieges verkommen ließen und doch von ihnen die schwersten Opfer verlangten?

Innerhalb der Beamtenschaft gehörte es nie zum guten Ton, sich mit Politik zu befassen; für die nachgeordneten Beamten war die Meinung der Vorgesetzten maßgebend. Es spielte dabei auch die Angst mit, daß ein sich politisch betätigender Beamter Anstoß erregen könnte, und dann unter den Schikanen seiner Vorgesetzten zu leiden haben würde. Fast unfaßbar ist es den rechtsstehenden Parteien, daß es auch einen großen Teil Beamte gibt, die sich der Sozialdemokratie angeschlossen haben und gewillt sind, ihre Kraft in den Dienst der Partei zu stellen. Ausnahmslos stehen diese als „Novembersozialisten" in Verruf, obwohl es jedem Einsichtigen klar sein muß, daß eine solche politische Betätigung früher einfach unmöglich war. Man nimmt an, daß es vor dem 9. November keine sozialistischen Beamten geben durfte, und konstruiert hieraus einen plötzlichen Gesinnungswechsel zur Ausnutzung der Konjunktur. Festzustellen, wie weit dieses zutrifft, dürfte wohl Sache der Partei sein, die sich ihre Mitarbeiter genau ansieht. Wenn aber der Abgeordnete Delius in seinem Artikel „Das politische Erwachen der Beamtenschaft" behauptet, die Beamten hätten von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten, da sie ihrem Wesen nach dem Beamtentum entgegengesetzt sei, und für die Sonderart der Beamten kein Verständnis haben kann, so muß dem doch entschieden entgegengetreten werden.

Die Tatsachen beweisen, daß gerade die Sozialdemokratie vor und seit dem 9. November sehr viel für die Beamtenschaft getan hat. Die wohlerworbenen Rechte sind in der Verfassung verankert und bestätigt. Es ist damit

ausdrücklich gesagt, daß auch die Sozialdemokratie das Berufsbeamtentum erhalten wissen will. Darüber hinaus ist die Beamtenschaft in die Klasse der politisch gleichberechtigten Staatsbürger aufgerückt, was einzig und allein das Verdienst der Sozialdemokratie ist. Den Beamtenverbänden ist das weitgehendste Recht eingeräumt, bei der Lösung aller Fragen, welche die Gesamtheit der Mitglieder betreffen, mitzuwirken. Eine jahrzehntelange Forderung der Beamtenschaft, die nach Beamtenausschüssen, hat ihre Verwirklichung gefunden. Mit aller Kraft hat sich die Sozialdemokratie für die Beseitigung der geheimen Personalakten eingesetzt, und wenn diese heute noch nicht beseitigt sind, so ist es nur die Schuld der rechtsstehenden Parteien und deren Anhang in Regierung und Verwaltung, die diese Maßnahme immer wieder zu verhindern wissen.

Die Beamtenschaft ist aus ihrem erzwungenen politischen Schlaf erwacht. Ein kleiner Teil hat sich mit voller Kraft in das politische Getriebe gestürzt, um mitzuhelfen am Aufbau und an der Festigung der jungen Republik. Der größere Teil aber steht tastend und vorfühlend abseits und kann sich nicht losmachen von den Eierschalen der Vergangenheit. Heute, wo die Sorge für das deutsche Volk fast allein auf den Schultern der Sozialdemokratie lastet, ist es außerordentlich schwer, einem Abseitsstehenden begreiflich zu machen, daß nur der Sozialismus das Volk aus diesem Elend führen kann; denn immer neue Schwierigkeiten erwachsen der Regierung aus der Erfüllung des Friedensvertrages und aus der bestehenden, durch den Krieg verschuldeten wirtschaftlichen Not. Nicht die Regierung allein, sondern das gesamte Volk hat die Pflicht, bei der Ausgestaltung unseres Staatswesens zu helfen. Das Vertrauen zur Regierung muß gefestigt werden, und da sind es an erster Stelle die Beamten als Beauftragte des Volkes, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen haben, um durch ihre Tätigkeit das Vertrauen zwischen Volk und Regierung zu festigen. Verlangt aber muß werden, daß die Gesetze und Verordnungen, die zum Wohle des Volkes erlassen werden, auch dem Geiste nach durchgeführt werden. Wer dagegen verstößt, macht sich eines Vertrauensbruchs schuldig und hat die Folgen zu tragen. Die Organisation der Beamtenschaft in der Partei, deren Kopf der Reichs-Beamtenbeirat ist, wird darüber wachen, daß den reaktionären Umtrieben in den Verwaltungen ein Ziel gesetzt wird, und daß auch in diesen alten Brutstätten der Reaktion wahrer demokratischer Geist einzieht.

Bremen und Stuttgart zur Auslieferungsfrage.

Mit der Berliner Tagung des Parteiausschusses und der Parteiredakteure beschäftigten sich die Vertrauensmänner des Sozialdemokratischen Vereins Bremen und faßten nach einem vom Genossen Biermann gegebenen Bericht eine Entschließung, worin sie sich gegen die Zeitungsverbote aussprechen und deren Aufhebung verlangen. In dem Vorgehen der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet, um eine höhere Leistungsfähigkeit, die allein Deutschland vor dem Zusammenbruch retten kann, sehen die Versammelten eine **notwendige Maßnahme.** Verlangt muß jedoch werden, daß die Maßregelungen zurückgenommen werden, die besonders gegen Vertrauensleute der Gewerkschaften angewandt worden sind. Falls in der Auslieferungsfrage das weitgehende Angebot der Reichsregierung in ihrer Note vom 26. Januar von den Alliierten unter erneuter Bedrohung des Selbstbestimmungsrechts der Nation zurückgewiesen wird, fordert die Versammlung von ihren Vertretern in der Nationalversammlung und der Regierung die Wiederaufnahme ihrer alten **Forderung eines internationalen neutralen Gerichtshofes** für die Kriegsschuldigen.

Auch die Groß-Stuttgarter Parteifunktionäre beschäftigten sich mit der gleichen Materie und nahmen in einer gutbesuchten Versammlung folgende Resolution an, in der sie es als ihre Auffassung erklären, daß eine andere Durchführung der Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages, als sie die Reichsregierung in ihrer Note vom 26. Januar der Entente vorgeschlagen hat, nicht in Frage kommen kann. Die schwere Krisis, die sämtliche am Krieg beteiligten Völker, vor allem die mitteleuropäischen Staaten, als Folge des verheerenden Krieges durchzumachen haben, kann nur überwunden werden, wenn jede Erschütterung des politischen Lebens vermieden wird. Bei neuen Störungen der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung ist auf eine Gesundung und Befestigung der Verhältnisse nicht zu hoffen, was zur Folge hätte, daß auch die übrigen Anforderungen des Friedensvertrages nicht erfüllt werden könnten. Diese Erschütterungen aber sind unausbleiblich und würden von den verhängnisvollsten Folgen begleitet sein, wenn die buchstabengetreue Erfüllung der Auslieferungsparagraphen durchgesetzt werden wollte. Die Versammlung spricht der deutschen Reichsregierung ihr Vertrauen aus und richtet an sie die Aufforderung, an dem Angebot vom 26. Januar zur Wahrung der Selbstachtung des deutschen Volkes unbedingt festzuhalten.

Ein Lakai der Entente.

Während die „Freiheit" in objektiver Weise festgestellt hat, daß das Auslieferungsverlangen der Entente ein Hohn auf jede Gerechtigkeit ist und daß auch der Schwerstangeschuldigte Anspruch auf ein unparteiisches Gericht hat, gibt es im Lande Unabhängige genug, die sich vor Bedientenhaftigkeit gegen den siegestrunkenen Ententeimperialismus gar nicht zu lassen wissen. Besonders ist diese Spezies vertreten unter den Unabhängigen im besetzten linksrheinischen Gebiet. So erklärte der Führer der Krefelder Unabhängigen, der Stadtrat Theodor Alfers, in mehreren Versammlungen über die Auslieferungsfrage:

„daß die Forderung der Entente nur allzu berechtigt sei. Es sei nur Mache von der Regierung, daß die Auslieferung unmöglich sei, die Ehre des Volkes werde dadurch nicht verletzt. Es seien doch nur Menschen von minderer moralischer Qualität, und je eher diese Menschenschlächter und Massenmörder aus Deutschland verschwänden, um so besser sei es. Gewiß würden sich noch Arbeiter genug finden lassen, die diese Menschen faßten und auslieferten."

Das Hohnwort der Moskauer Bolschewisten vom Mai vorigen Jahres, wonach die Taktik der Unabhängigen darin bestehe, **die blutigen Stiefel der Ententegenerale abzulecken,** findet auch jetzt noch seine Bestätigung.

Gerade darum . . .

Der unvermeidliche Gustav Roethe, die germanistische Zierde der Berliner Universität, der sich nach dem Kriege durch lautes Geschrei und während des Krieges durch heldenhafte Bewachung des Potsdamer Bahnhofes auszeichnete, nimmt im „Berliner Lokalanzeiger" endlich einmal zu einer Frage Stellung, von der er etwas versteht — oder von der man dies wenigstens annehmen sollte: nämlich zu der Neuordnung der Rechtschreibung. Wir haben zurzeit keinen Anlaß, auf die sachliche Seite der Frage einzugehen, möchten nur die Art, in welcher der Herr Professor der „voraussetzungslosen Wissenschaft" dient, kennzeichnen. Seine Sympathie für die großen Anfangsbuchstaben begründet er nicht etwa mit irgendwelchen historischen oder germanistischen Gesichtspunkten, sondern er äußert hierzu folgendes:

„Das Leitmotiv der Reform scheint mir die Vereinfachung zu sein. Man will der Volksschule den orthographischen Unterricht möglichst bequem machen. Zu diesem Zwecke sollen zunächst die großen Anfangsbuchstaben der Substantiva fallen, die ja doch auch in der Schreibung der anderen Sprachen nicht hervorgehoben werden. **Gerade darum sollten wir Deutschen diesen deutschen Brauch festhalten.**

Gerade darum! Dieser Kleinmädchenruf nimmt sich im Munde eines schnurrbartsträubenden Professors recht niedlich aus. Abgesehen von der Feindseligkeit dem Volke gegenüber, vor dem man es allerdings als vornehmste Pflicht empfinden sollte, ihm die Erlernung seiner Muttersprache so sehr wie möglich zu erleichtern, ist für Gustav den Unbezwingbaren auch in dieser rein sachlichen Frage der Nationalismus alles, die Sachlichkeit nichts. Lediglich aus Opposition und aus lächerlicher Deutschtümelei also sollen die großen Anfangsbuchstaben beibehalten werden. Von diesem Gesichtspunkte aus können wir Herrn Roethe noch eine ganze Reihe weiterer Vorschläge zur Diskussion unterbreiten. Wie wäre es z. B., wenn wir, zum Unterschied von den anderen, sämtliche Buchstaben der Worte groß schrieben, oder wenn wir uns zur deutlichen Unterscheidung von den europäischen Völkern der chinesischen Lettern bedienten oder wenn — damit sich Deutschland durch das Fehlen seines hauptnationalistischen Schreiers vorteilhaft vor den imperialistischen Ententeländern abhebt — Herr Professor Roethe auf ein paar Jahre als Austauschprofessor zu den Eskimos übersiedelte?

Der christliche Mörderfreund.

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir ein Schreiben des Pastors emer. Gorzel an den Vater des Attentäters Oltwig von Hirschfeld. Daraufhin sendet uns dieser Herr, der sich außerdem noch „Mitglied beim Konzilium geistlicher Prälaten zu New York und Chicago" nennt, einen langen Aufsatz, den er „seinem lieben von Hirschfeld als Trost und Gruß in die Einsamkeit von hoher deutscher Warte aus" zugesandt hat. Der Aufforderung des Herrn Gorzel, sein Werk im „Vorwärts" abzudrucken, können wir im Interesse unserer Leser nicht nachkommen. Wir wollen aber nicht verschweigen, daß sich auf der ersten Seite folgende Sätze finden:

Also endlich, endlich hat sich ein deutscher Mann — nein, ein echter deutscher Junge ist's gewesen — dazu gefunden, **um dem Reichsverderber Erzberger einmal am eigenen Leibe klarzumachen, was das deutsche Volk ihm von Tag zu Tag wünscht. Seinen eigentlichen Zweck hat das Attentat leider bis zur Stunde verfehlt,** und schon melden die Zeitungen, daß Erzberger den Sitzungen im Steuerausschuß beiwohnt.

Dieser Mann hält sich für einen Jünger des Jesus Christus von Nazareth, der gepredigt hat: „Liebet eure Feinde!"

„Gehorsamst".

Beim Reichswirtschaftsgericht existiert folgendes gedruckte Aktenformular (A. 29.) für die Wiedervorlegung von Akten und Blattsammlungen:

Registraturanzeige.

Die Akten werden — Blattsammlung wird — auf die Verfügung vom 19 Blatt Nr. **gehorsamst** wieder vorgelegt.

Berlin, den 19

In dem richtigen Gefühl, daß der Ausdruck „gehorsamst" für das Beamtenverhältnis in einer demokratischen Republik sich nicht mehr schicke, haben eine Anzahl Gerichtssekretäre bei Ausfüllung solcher Formulare das Wort „gehorsamst" durchgestrichen. Aber diese Frevler sollte bald die Rache ereilen. Der Präsident des Reichswirtschaftsgerichts Lucas berief am 10. Februar den Beamtenausschuß des Gerichts zusammen und erklärte: „Die Beamten, die das Wort gehorsamst bei der Wiedervorlage gestrichen haben, **kommen bei der Uebernahme und Anstellung bei dem Reichswirtschaftsgericht nicht in Frage."** Also freie Bahn dem Kriechertum!

Wir erinnern uns, daß selbst beim altpreußischen Militär auf Urlaubsgesuchen usw. das Wort „gehorsamst" untersagt war. Will Herr Präsident Lucas noch unter das Niveau des altpreußischen Militarismus heruntergehen?!

Die unpolitisch-christliche Liste.

Eine Versammlung zur Vorbereitung der Wahlen für die Elternbeiräte. Thema: Die Aufgaben der Elternbeiräte. Der Redner:

„Was wir von den Elternbeiräten fordern müssen, das ist vor allem dies eine: daß sie mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule eintreten. (Sehr richtig!) Hinter dieser Aufgabe treten alle die anderen schönen Dinge, die da in der Verfügung genannt werden: Schulzucht, körperliche und geistige Bildung, Wohlfahrtspflege und dergleichen als nebensächlich, ja als überflüssig zurück. (Bravo!) . . ."

Draußen in den letzten Häusern der Vorstadt . . . ein kleines siebenjähriges Mädel . . . frierend hockt es und hungrig vor dem kalten Ofen. Vater und Mutter unterwegs, suchen Arbeit — die Fabrik wegen Kohlenmangels geschlossen. Das kleine Mädel, zitternd, sinnt vor sich hin: In der Schulstube wär's jetzt schön warm — in der zweiten Pause gibt's da eine warme Morgensuppe. — „Wegen Krankheit," hat der Vater geschrieben, er will nicht betteln. Unwillkürlich irrt der Blick der Kleinen zu den Schuhen, die dort zerrissen in der Ecke stehen. . . . Wenn sie es barfuß versuchte . . .? Aber nein, draußen liegt ja der Schnee . . . fröstelnd zieht sie die Beine dichter heran. . . . So muß sie schon hier sitzen und warten, bis — — — Vater oder Mutter — — — oder ein anderer etwa?

— — — — —

Der Redner: „Wenn es den Elternbeiräten gelingt, unseren Kindern den Religionsunterricht in der Schule zu erhalten, so haben sie ihre Aufgabe restlos erfüllt . . ."

In der 4. Klasse der Gemeindeschule sitzt ein hagerer, lang aufgeschossener Bengel. Gelangweilt malt er zum zehnten Male dieselben Zeichen in sein Heft. Sein Sinn ist weit fort — er hat das alles ja schon zum Ueberfluß und Ueberdruß begriffen. Der Lehrer sieht mitleidig auf ihn — aber er kann ihn nicht helfen. „Freie Bahn" — durchzuckt es ihn, ein bitteres Lächeln auf den Lippen. Freie Bahn! Ja, wenn das Hindernis, das Hindernis nicht wäre! Er war ja vom Religionsunterricht auf Wunsch seiner Eltern befreit — in diesem Punkte ließen die Herren und Damen vom Elternbeirat nicht mit sich spaßen.

— — — — —

Der Redner: „Wenn das Vertrauensverhältnis zwischen Schule und Elternhaus nicht vollends zerstört werden soll, so muß die Parteipolitik aus den Wahlen zu den Elternbeiräten grundsätzlich ausgeschaltet bleiben. (Bravo!) Wer es ernst meint mit unserer Schule, mit unserer Jugend, der wählt die unpolitisch-christliche Liste!" (Stürmischer Beifall.)

Eine Geschichtsstunde. „Nicht Völkerversöhnung, nein, Haß und Rache müssen die einzigen Gedanken sein, die einen deutschen Jungen beseelen, wenn er an die Geschichte seines Volkes, an den Schmachfrieden von Versailles denkt. Der Tag der Vergeltung wird kommen, muß kommen, und schon jetzt soll auch ein Gefühl freudigen Stolzes durchrieseln, daß auch ihr dereinst . . ."

— — — — —

Und der Tag kommt. Die Saat geht auf. Neuer Wahnsinn durchrast die Welt. Hunderttausende blühender junger Menschen liegen wieder zerschossen — zerfetzt. Hunderttausende Mütter — aufschluchzend, aufjammernd, aufschreiend zu Hause. . . .

— — — — —

Und die Mütter gehen und wählen die unpolitisch-christliche Liste. L.

Konzert-Umschau: Ochs, Pfitzner und Solisten.

Siegfried Ochs bescherte uns im III. Vereinskonzert des Philharmonischen Chors eine doppelte Freude, die dem Meister des ernstesten Oratorienstils auch zweifach angerechnet werden soll; er wiederholte Händels frohes, in weicher Freundlichkeit der Melodie schwelgendes Pastoral „Acis und Galathea"; und er brachte nach vielen Jahren wieder einmal die derb-humorige, lachend-festliche Geleegenheitskantate „Der zufriedengestellte Aeolus" von J. S. Bach heraus. Es ist das eine mit mythologischen Figuren besetzte launige Theatergeschichte. Das ist eine harmlose, aber musikalisch ungemein reizvolle Geburtstagsfeier. Die vollendetsten Kernstücke dieser Kantate sind: der stürmisch-jubelnde Einleitungschor entfesselter Winde (von Ochsens Scharen wundervoll bewältigt!), die Lach-Arie des Aeolus (für den die massive, wuchtige Gestalt Fischers und sein groß ausladender Baß, eigens geschaffen scheint) und ebenso die zweite, zartere, in der er die Winde zurückruft. Der leicht gewogene Stoff verführte Bach nicht zu einer Verniedlichung des orchestralen Apparats; im Gegenteil zeigen sich in der Begleitung der Rezitationen und Arien sogar Stellen von ganz besonderem Kolorit der Instrumente. Bach und Händel lebten in ihren reinen, großen Humoren auf. Alle guten Geister waren in Ochs lebendig, und das übertrug sich auf den Riesenchor wie auf die Solisten.

Ernst, Beschaulichkeit, sonnige Stille zog durch den Saal der Singakademie, als Hans Pfitzner die Pastorale dirigierte. In dem Kampfbuch um eine neue Aesthetik, von dem noch zu reden sein wird, hat Pfitzner eine Stimmungsanalyse des Werks gegeben. Er vermeidet die von ihm gerügte Oberflächlichkeit der Musikführerweise, geht aber der Gefahr eines zu persönlichen Spintisierens nicht aus dem Wege. Der erste Satz bewies in dieser Interpretation aber, daß Pfitzner ebenso fühlt, wie er denkt, daß das Wort ihm Ausdruck ist für Empfindungsreihen, nicht Versteck vor Unbewußtem. Er verschleppte die Tempi für mein Gefühl so sehr, daß Beethovens Programm von den „heiteren" Empfindungen bei Ankunft auf dem Lande in eine fast phlegmatische Gemütlichkeit verwandelt wurde. Allegro kann auch nicht unter Palestrina-Händen zu Alleoretto gemodelt werden. Dann aber der zweite Satz: man wird ihn nicht oft verklärter, wärmer, poetischer gehört haben. Welch ein Respekt vor der Achtelnote, welche Ehrfurcht vor der Phrase, welch ein prachtvolles Aufbauen, Verklingenlassen. Hineinklein in das Melos! Das nenne ich mir ein Musizieren! Leider wurde man dieser Andacht entrückt durch die Mitwirkung von Helene Glinz! Die Dame hat Stimme, sie ist auch technisch nicht schlecht beraten. Aber sie kämpft noch mit dem Material, mit dem Atem, mit der Koloratur, die doch nur in göttlicher Mühelosigkeit ihren Reiz behält. Sie kam zu früh auf die Bretter, die ihr noch keine Welt bedeuten.

Das kann man nun von Maria Ivogün, dem Münchener Star, gewiß nicht behaupten. Sie hat die faszinierende Brillanz der Läufe, Passagen, Kunstfertigkeiten, ihr Sopran trägt, schmeichelt, kost. Schuberts „Hirt auf dem Felsen" läßt sie fast so schön Echo trillern, wie es die richtige Flöte Eßbergers vormacht. Zu Hugo Wolf scheint das künstlerische Verhältnis der Sängerin doch viel zu weit, zu kalt, zu platonisch, als daß restloser Genuß zuwege käme. Wer das Rassenlied „Ich hab' in Penna einen Liebsten wohnen" singt, ohne daß selbst ein philharmonisch entzündbares Publikum die geniale Weise doppelt zu hören verlangt, der übergehe dieses Blumenbeet. Der Maria Ivogün blüht der wahre Erfolg auf der Linie Mozart, Schubert, Donizetti, Strauß.

Wer Sinn für unbekanntere Kammermusik hat, der kommt bei der neuen Bläser-Vereinigung des Philharmonischen Orchesters auf seine Kosten. Diese routinierten Herren (Harzer, Kern, Schreder, Schumann, Moritz) blasen (mit Max Saal am Klavier) ein op. 452 des himmlischen Amadeus so adrett, innig, gefühlsstark, daß es uns warm ums Herz wird. Und versichern sich der Mitwirkung einer schönen, musikalischen Galathee (Rose Walter) und versprechen Thuilles Sextett op. 6. Ein guter, ein reicher, ein Speisezettel für Kenner und Amateure!

Dr. Kurt Singer.

Die Deutsche Schiller-Stiftung in Weimar ruft zu einer Schriftstellerspende auf, die lebenden Schaffenden zugute kommen soll. Mehrere bedrängt lebende Dichter und Schriftsteller sollen durch lebenslängliche Jahresgehälter geehrt werden. Jeder deutsche Schriftsteller möge eine einmalige freiwillige Gabe an die Zentralkasse der Stiftung nach Weimar senden.

Dichtungen Richard Dehmels spricht am 20. Februar im Meistersaal Johannes Riemann.

Theater. In der Uraufführung von Romain Rollands „Danton", im Großen Schauspielhaus spielt Paul Wegener den Danton, Werner Kraus den Robespierre, Walter Janssen den Desmoulins, Ernst Deutsch den Saint-Just, Fritz Delius den Hérault de Séchelles, Helene Thimig die Lucile Desmoulins, Rosa Bertens die Madame Duplay. — Im Deutschen Künstler-Theater findet am 26. Februar die Uraufführung des Einakterzyklus „Menagerie" von Kurt Götz statt, mit Max Adalbert in den nämlichen Hauptrollen.

Volksbühne-Konzert. Im 12. Konzert des Verbandes der Freien Volksbühnen (22. Februar, mittags 1/2 12 Uhr, im Theater am Bülowplatz) wird Hermann Scherchen die Kammersinfonie von Arnold Schönberg zweimal hintereinander zur Aufführung bringen. Nach der ersten Aufführung wird der Dirigent das Werk kurz erläutern.

Das Kaiser-Friedrich-Museum wird seit Dienstag an den üblichen Besuchstagen ohne Heizung wenigstens einige Stunden lang — von 10 bis 1 Uhr — offen gehalten. Bei Einsetzen stärkeren Frostes wird das Haus ganz geschlossen werden müssen.

„Die Maschine", ein vierteiliges Schauspiel von Paul Friedrich Schröder machte bei seiner Uraufführung im Eisenacher Stadttheater starken Eindruck. Das Werk bringt moderne Industrieprobleme auf die Bühne.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Die Donnerstag-Verhandlung beginnt pünktlich ½10 Uhr vormittags. Von unbekannter Seite waren Blumen auf den Platz Helfferichs und seines Verteidigers gelegt worden. (!) Gleich nach Eröffnung der Sitzung stellte Rechtsanwalt Alsberg

einen Beweisantrag,

in dem er angibt, es habe sich bei ihm ein Herr gemeldet, der bereit sei zu bezeugen, daß die Beziehungen der Zeugen Erzberger und Berger während der fraglichen Zeit sehr rege gewesen seien. Dieser Zeuge ist der Regierungs- und Baurat Morgenstern, den ich unmittelbar geladen habe. Für dasselbe Thema habe ich auch den Herrn Regierungsbaumeister Katzki geladen, der nach Angabe des Herrn Morgenstern in der Lage sein soll, die gleiche Bekundung zu machen. (Bewegung im Zuhörerraum.)

Die heutige Verhandlung dreht sich immer noch um den Fall Berger, der aller Wahrscheinlichkeit nach am heutigen Tage wird erledigt werden können.

Hiernach wurde in der Vernehmung des Kommerzienrats Berger fortgefahren. Vors.: Haben Sie die Schreiben gefunden, von denen wir in der letzten Sitzung sprachen? Es handelt sich um ein Schreiben Erzbergers an Sie, in welchem er seine Bereitwilligkeit aussprach, in Ihren Aufsichtsrat einzutreten, weiter um die Einladung zur öffentlichen Generalversammlung und schließlich um ein

Schreiben der Waffenstillstandskommission.

Die Einladung zur Generalversammlung, die im Juni stattfand, wurde am 16. Mai im „Reichsanzeiger" veröffentlicht. Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Wir haben soeben gehört, daß die Einladung zur Generalversammlung am 16. Mai 1917 erfolgte, also noch vor der Fällung des letzten Schiedsspruches. Somit ist also das unrichtig, was der Kommerzienrat Berger und der Herr Nebenkläger in der letzten Sitzung hier behauptet haben. Oberstaatsanwalt Krause: Herr Kommerzienrat Berger, es war Ihnen aufgegeben, auch das Schreiben beizubringen, in dem der Herr Nebenkläger Ihnen seine Bereitwilligkeit aussprach, in den Aufsichtsrat einzutreten. — Berger: Ich habe nachgesucht, aber das Schreiben nicht mehr gefunden. Ich kann nicht genau sagen, ob das Einverständnis des Herrn Reichsfinanzministers überhaupt mündlich oder schriftlich erfolgt ist. — Vors.: Sie haben aber bekundet, daß Sie

ein Schreiben von Herrn Erzberger

erhalten hätten. — Geheimrat v. Gordon: Hatten Sie, Herr Kommerzienrat, bei Erscheinen der Helfferichschen Broschüre das Empfinden, daß Sie durch die Ausführungen Helfferichs beleidigt seien? — Berger: Obwohl kein Namen genannt war, bestand kein Zweifel, daß unsere Firma gemeint war. Nachdem die Schiedssprüche gefällt waren, versuchte ich Minister Erzberger in den Aufsichtsrat hineinzubekommen, und ich habe mit dem Aufsichtsrat vor der Generalversammlung darüber Rücksprache genommen, daß wir ihn in den Aufsichtsrat wählen könnten. — Helfferich: Diese Behauptung, Herr Zeuge, steht im Widerspruch zu den Ermittlungen des Vorverfahrens und zu der Veröffentlichung des „Reichsanzeigers". Ueberlegen Sie sich bitte noch genau, was Sie sagen, denn Sie stehen hier unter Ihrem Eide. — Der Vorsitzende stellt aus den Akten fest, daß in der am 28. April 1917 abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Firma Berger die Wiederwahl der Aufsichtsratsmitglieder Geheimrat Aronsohn, Präsident v. Krause für die Generalversammlung im Juni beschlossen wurde. — Helfferich: Im Protokoll steht also von der Wahl Erzbergers nichts. Aber hat Herr Berger nicht den Aufsichtsratsmitgliedern mitgeteilt, daß Herr Erzberger gewählt werden sollte? — Zeuge Berger: Ich entsinne mich nicht. — Rechtsanwalt Alsberg: Wann haben Sie denn den Mitgliedern des Aufsichtsrates von der Absicht, Erzberger zu wählen, Mitteilung gemacht? — Berger: Ich habe ja schon ausgesagt, daß ich mit Geheimrat Aronsohn und Präsident v. Krause darüber gesprochen habe und daß der letztere Herr

erheblichen Widerstand

geleistet hat. Soweit ich mich erinnere, war es aber keineswegs vor dem Schiedsgericht. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß in der Sitzung des Aufsichtsrats im April ein derartiger Beschluß gefaßt wurde. — Rechtsanwalt Alsberg: Das ist aber das Wesentliche. — Zeuge: Nein, ich habe ja schon gesagt, daß Widerstände dagegen erhoben wurden. — Dr. Alsberg: War man sich in der Aufsichtsratssitzung einig, daß Erzberger gewählt werden sollte, ja oder nein? Kann Herr Berger auf seinen Eid nehmen, ob in der Sitzung von Erzberger die Rede war oder nicht? — Berger: Ich glaube, ja. — Vors.: War man sich damals nicht schon schlüssig? — Zeuge: Das glaube ich auch. Allerdings, nachdem die Widerstände beseitigt waren. — Helfferich: War nicht der Grund, weshalb der Beschluß nicht ins Protokoll aufgenommen wurde, nur ein rein formaler, nämlich weil die Schiedssprüche noch nicht erledigt waren? — Zeuge: Ich glaube ja. — Der Zeuge Berger erklärt dann weiter: Ich bat den Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Faßbender, mir Auskunft zu geben, ob Herr Erzberger, wenn er sich ein Urteil gebildet hatte, auch Mannes genug war, dies den Behörden gegenüber zu vertreten. Das war für mich der Beweggrund. Faßbender war damit einverstanden und empfahl mir die Wahl Erzbergers. — Helfferich: Warum hat sich denn der Zeuge, um sich nach den Eigenschaften Erzbergers zu erkundigen, gerade an

einen Parlamentarier

gewandt? — Berger: Ich habe doch schon gesagt, daß Rechtsanwalt Bodländer mich auf ihn aufmerksam gemacht hatte und daß Prof. Faßbender ihn mir dann empfohlen hat.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Nach 11 Uhr.

Wie es um die Polizeistunde steht.

Um den nächtlichen Passanten gewisser Straßen im Westen Berlins werden jetzt von 11 Uhr ab heimliche Kämpfe geführt. Wer durch die Motzstraße geht, die Martin-Luther-Straße oder nach dem Viktoria-Luise-Platz zu, sieht dunkle Gestalten neben sich auftauchen.

„Mein Herr, die X-Bar ist noch geöffnet, belieben Sie . . ."

„Darf ich Ihnen empfehlen Y-Diele. Die ganze Nacht . . ."

„Suchen Sie noch Unterhaltung, mein Herr, da ist der Z-Palast, echte Querstraße rechts . . ."

In Erinnerung eines irgendwie vorhandenen polizeilichen Nachtgebots, das den 11-Uhr-Schluß aller Lokale „verfügt", möchtest du dich überzeugen. Die dunkle, dicht verhängte Tür, das mollig verhängte Fenster lassen nichts ahnen. Aber beim Druck auf die Türklinke fingert etwas, wallt ein Vorhang geheimnisvoll. Die Pforte öffnet sich zu allen Himmeln. Licht flimmert aus hundert Ecken. Rote Seidenschirmlämpchen, grüne, gelbe, violette glühen auf. Alles ist hier verschwiegen, heimlich und diskret: die lauschigen Winkel, die weichen Sessel, die Musik — nur der Nepp nicht. Der Nepp herrscht unumschränkt, bläht sich auf, glänzt auf den Gesichtern all der Dienernden, hockt mit frohen Grinsen überall. Doch im Angesicht dieses Publikums fragst du dich nicht mehr, ob er berechtigt ist oder nicht. Dieses Publikum, mit Ausnahme einiger weniger, die sich versehentlich hineinverloren haben, stellt einen entsagsuchten Kranz jener Elemente dar, die schmarotzend der jungen Wirtschaft Deutschlands die Kraft zum Emporklimmen entziehen.

Für eine Tasse Kaffee, die man dir gnädig gewährt — der „Mensch" beginnt hier erst bei Chablis — darfst du 15 M. zahlen. Hin und wieder wird es lauter. Der Kellner dämpft. Fremdländische Offiziere nehmen den Mund voll: Was könnte Deutschland im Höchstfalle kosten . . .

Du verläßt die gastliche Stätte mit einer dumpfen Erinnerung an einen großen Aktenbogen, auf dem ein Polizeipräsident verfügt, daß um 11 Uhr alle Lokale zu schließen hätten. Es ist 1 Uhr . . .

•

Des andern Tags! um Mitternacht ein Kaffeehaus in der Blumenstraße. Ein Bekannter weiß den Eingang durch den Flur. Musik und Liebespärchen und Laute, die von wollenen Strümpfen reden und von Aluminium und von Gummis und Laufdecken. Dazwischen einer, der die Taschen voll Seife hat und sie verkauft. Der Nepp ist nicht auf der Höhe und mit Solidität gemischt. Sehr ehrbare Leute, die sich Witze erzählen. — Ein Stückchen weiter in einer Nebenstraße eine ganz kleine Konditorei ohne Musik. Eingang ganz regelrecht durch die dicht verhängte Tür. Nur Kuttschecken und Flüstern. Wenig Licht und Kuttschpreise für Kaffee und Kuchen. Um 1 Uhr Schluß, weil es sich nicht länger rentiert. — Landsberger Straße, Köpenicker Straße ähnliches. Keine Schlepper auf der Straße, aber jeder, der hier verkehrt, weiß mindestens eine offene Stätte.

Schutzmann, den du fragst, sagt: „Müssen mal selbst sehen."

•

Wir haben in Berlin eine Polizeistunde um 11 Uhr auf dem Papier stehen. Es besteht keine Notwendigkeit, sie zu verlängern. Aber es ist wirklich notwendig, sie streng durchzuführen. Es liegt beim arbeitenden Berlin kein „Bedürfnis" vor, sich nach 11 Uhr zu amüsieren, wie es bürgerliche Blätter glauben machen wollen. Aber es liegt ein Bedürfnis vor, die, die heute durch offenstehende Lokale noch angereizt werden — sie lassen sich durch das Bewußtsein „schleppen" —, von der Verlockung dieser fragwürdigen Reize fernzuhalten. Man jammert um den Nachtruhm der Weltstadt Berlin.

Wir sind, abgesehen von der Kohlennot, die den späteren Schluß moralisch und wirtschaftlich sowieso verbietet, im Begriff, wichtigeres zu verlieren als diesen „Ruhm".

Der letzte Omnibus.

Es geht jetzt endgültig zu Ende mit ihm. Der rotternde Kasten, gezogen von den zwei Pferden, Maulesseln oder Maultieren (ach selige Zeit, wo diese Streitfrage die Gemüter bewegte), wird mit dem 15. Februar endgültig aus dem Berliner Straßenbild verschwinden. Uebrig bleiben zunächst nur noch die Linie 6c zwischen Stettiner Bahnhof und dem Halleschen Tor und der Nachtomnibusverkehr, sowie die Bahnhofswagen. Auch der Kraftomnibusverkehr soll eingehen, und zwar zunächst die Linie Pankow—Neukölln. Erhalten bleibt auch der sogenannte Luxusverkehr auf der Strecke Unter den Linden—Halensee.

Die Vergütung des Lehrlings. Zu unseren Betrachtungen über die bedrängte Lage der Eltern von Lehrlingen, die mit der vor Jahren vereinbarten geringen Vergütung auch bei der jetzigen Teuerung auskommen sollen, sind uns noch weitere Mitteilungen zugegangen. Unter ihnen ist die Zuschrift eines Vaters, dessen Sohn in der Werkzeugmaschinenfabrik „Samsonwerk" gelernt hat und dort noch im Jahre 1919 nicht mehr als 1 M. (eine Mark) Vergütung pro Woche erhielt. Die früher von uns mitgeteilten Vergütungen, über deren geringe Höhe die Eltern bisher klagten, erscheinen diesem Vater so hoch, daß er jene Eltern noch für beneidenswert hält.

Die Direktion des „Samsonwerks" ist übrigens im Jahre 1919 von Eltern ihrer Lehrlinge davon unterrichtet worden, daß es bei der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensmittel und der Kleidung unmöglich sei, länger an der Vergütung von 1 Mk. pro Woche festzuhalten. Nachdem in einer vom Arbeiterausschuß angeregten Versammlung der Eltern die Frage einer Teuerungszulage für die Lehrlinge erörtert worden war, wollte eine Kommission bei der Direktion vorstellig werden. Aber die Direktion winkte ab und berief sich darauf, daß die Lehrverträge der älteren Lehrlinge durch den Kollektivvertrag von 1919 nicht berührt werden. Das kann doch keine Firma hindern, freiwillig die Vergütung zu erhöhen — falls sie eben will!

Die Burschenschafter tanzen. Zu der Kritik an einer Veranstaltung, die wir unter dieser Spitzmarke kürzlich veröffentlichten, schreibt uns der politische Ausschuß der Deutschen Burschenschaft:

Aus dem Wortlaut dieser Notiz geht hervor, daß der fragliche Ball von den sogenannten A.-D.-B.-Burschenschaften, d. h. also von den Verbindungen des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes, veranstaltet wird. Wir legen indessen großen Wert auf die ausdrückliche Betonung, daß der Allgemeine Deutsche Burschenbund, der Verband der sogenannten Reformburschenschaften, mit der echten „Deutschen Burschenschaft", dem Verbande sämtlicher Burschenschaften auf reichsdeutschen und deutsch-österreichischen Universitäten und technischen Hochschulen, der in gerader Entwicklung die alte Burschenschaft von 1815 fortsetzt, nicht verwechselt werden darf. Beide Verbände haben nichts miteinander zu tun. Demnach hat auch die Berliner Burschenschaft, der hiesige örtliche Verband der Deutschen Burschenschaft, mit dem in Ihrem geschätzten Blatte beurteilten Tanzvergnügen nicht das geringste zu tun.

Wir geben dieses „Abrücken" mit Vergnügen wieder.

Selbstmord im Tiergarten. Im Tiergarten wurde ein Gutsbesitzer Werner Otto, der nach den bisherigen Feststellungen, die jedoch noch der Nachprüfung bedürfen, aus Schlagenthin stammt, erschossen aufgefunden. Der Tote hatte eine Schußwunde am rechten Schlüsselbein und eine in der rechten Schläfe. Da der Revolver bei ihm vorgefunden wurde und der Tote alle Wertsachen besaß, ist anzunehmen, daß Selbstmord vorliegt. Aufzeichnungen über den Grund seines Lebensüberdrusses fand man nicht bei dem Toten. Die Leiche wurde dem Schauhause überwiesen.

Die Verbindung mit Ostpreußen für gewöhnliche und Wertpakete ist nach teilweiser Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs vorläufig unsicher. Die Reichspostverwaltung hat als Aushilfsmittel zwar auch einige Schiffe zur Beförderung von Paketen nach Ostpreußen auf dem Wege über die Ostsee herangezogen, doch stehen nur beschränkte Laderäume zur Verfügung, die nur einen Teil der Paketmassen aufnehmen können. Deshalb wird dem Publikum geraten, in nächster Zeit möglichst von der Anlieferung der in Betracht kommenden Pakete abzusehen, die Annahme kann nur auf Gefahr des Absenders geschehen. Nach Freistaat Danzig werden gewöhnliche und Wertpakete vorläufig nicht angenommen. Es besteht die Hoffnung, daß die Verkehrsbeschränkung nur von kurzer Dauer sein wird.

Neukölln. Den Arbeitern der Stadt soll die ihnen durch den umstrittenen Schiedsspruch vom 22. Januar zugesprochene Teuerungszulage, monatlich 50,— M. und pro Kind 15 M., bis zur Festsetzung einer höheren Zulage als Vorschuß gegeben werden, und zwar mit Rückwirkung vom 1. Januar. Der Magistrat bittet unter Hinweis auf die augenblickliche Notlage der Arbeiter die Stadtverordneten um Zustimmung zu diesem Beschluß. — Den Notstandsarbeitern soll dieselbe Teuerungszulage, wie den Gemeindearbeitern gewährt werden, mit Rückwirkung vom 1. Januar. Notstandsarbeiter, die zwischen 1. Oktober und 31. Dezember wegen Frost oder Regen nicht arbeiten konnten, sollen 50 Proz. des unverschuldet ausgefallenen Verdienstes erhalten (unter Abzug von Krankengeld usw.). Für Bußtag und beide Weihnachtstage soll allen Notstandsarbeitern der ausgefallene Verdienst voll nachgezahlt werden. Wegen der Dringlichkeit hat der Magistrat die Ausführung dieser Beschlüsse für die Notstandsarbeiter veranlaßt. Er bittet die Stadtverordneten um nachträgliche Zustimmung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lichtenberg. Auf Abschnitte 7 a und b der Kartoffelkarte: 2 Pfd. Kartoffeln, 7 c, d, e, f und g: 250 Gramm Hülsenfrüchte.

Wittenau. 250 Gramm amtl. Roggenmehl. Freihändig: 250 Gr. Obstmus. Auf Abschnitt 6 d bis g der Kartoffelkarte als Ersatz für die letzten Kartoffeln 250 Gramm Hülsenfrüchte und 150 Gr. Rüben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

47. Abteilung. Freitag, den 13., 7 Uhr, in der Schulaula, Ostender Straße 39/40: Versammlung der Eltern, deren Kinder die 6., 52., 55., 159., 300., 301., 305. Gemeindeschulen, 20. Hilfsschule, 14. Realschule und 6. Oberrealschule besuchen. Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlvorständen. Vorwärtsleser und Eltern, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, sind eingeladen.

Wirtschaft.

Die Zusammenschlußbewegung im Brauereigewerbe.

Die letzten „Fusionen" — Kindl-Brauerei mit Friedrichshain, Löwenbrauerei mit Friedrichshain — haben uns veranlaßt, das Material zu beschaffen, das uns einen Ueberblick über die Zusammenschlußbewegung in den letzten zehn Jahren gibt.

1. Lagerbierbrauereien.

Es bestehen heute:	Es wurden aufgesogen:
1. Aktiengesellschaft Friedrichshöhe vorm. Patzenhofer.	1. Berliner Bockbrauerei A.-G.
2. Brauerei Königstadt A.-G.	2. C. Habels Brauerei G. m. b. H.
3. Deutsche Bierbrauerei.	3. Münchener Brauhaus A.-G.
4. Aktiengesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg.	
5. Berliner Kindl-Brauerei A.-G.	4. Brauerei Gebrüder Richter.
6. Bergschloßbrauerei A.-G.	5. Aktienbrauerei Friedrichshain.
7. Böhmisches Brauhaus A.-G.	6. Berliner Bierbrauereien A.-G. vorm. F. W. Hilsebein.
8. Brauerei Julius Böhm.	7. Bürgerliches Brauhaus Gebr. Wanninger.
9. Brauerei F. Happoldt.	8. Hansa-Brauerei A.-G.
10. Löwenbrauerei A.-G.	9. Brauerei Germania A.-G.
	10. Brauerei Karl Gregory, später Phönix-Brauerei A.-G.
11. Vereinsbrauer. Teutonia	11. Brauerei A. Werm A.-G.
12. Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei.	12. Norddeutsches Brauhaus A.-G.
	13. Brauerei C. Fiehinghaus.
13. Schultheiß' Brauerei A.-G.	14. Berliner Unionsbrauerei.
	15. Brauerei Pfefferberg.
14. Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen.	16. Spandauer-Berg-Brauerei
	17. Brauerei Oswald Berliner.
15. Engelhardt-Brauerei A.-G.	18. Viktoria-Brauerei A.-G.
	19. Kaiser-Brauerei A.-G.
	20. Bergbrauerei Racher u. Co.

Es wurden stillgelegt:

1. Berliner Stadtbrauerei G. m. b. H. 2. Brauerei Schweizergarten C. Schneider. 3. Klosterbrauerei A.-G.

2. Malzbier- und Weißbierbrauereien.

Es bestehen heute:	
1. Berl. Weißbierbrauerei A.-G., vorm. Carl Landré.	7. Berliner Weißbierbrauerei und Malzfabrik Albert Bier.
2. Berl. Weißbierbrauerei Carl Richter.	8. Böhm. Malzbierbrauerei Albert Sindermann.
3. Berliner Weißbierbrauerei E. Willner.	9. Borussia-Brauerei Walt. Lehmberg.
4. Weißbierbrauerei A.-G., vorm. H. A. Bolle.	10. Brauerei Berolina Ernst Krüger
5. Weißbierbrauerei C. Breithaupt	11. Brauerei Gesundbrunnen Hugo Riewe.
6. Brauerei Groterjan u. Co., A.-G.	12. Brauerei Carlsberg, Inh. Gebr. Otto u. Pippow.
7. Bayerische Malzbier-Brauerei Max Böhm.	13. Brauerei A. Lehmann.
8. Berl. Weißbierbrauerei Julius Stolpmann.	14. Brauerei Luisenstadt E. Weber.
9. Brauerei Kienz u. Co.	15. Brauerei Schwarz-Adler A. Reich
	16. Brauerei Gabriel u. Jäger.
Es wurden stillgelegt:	17. Malzbier-Brauerei Christoph Groterjahn.
1. Erste Berl. Weißbierbrauerei-Genossenschaft der Gastwirte.	18. Brauerei S. C. D. Möwes.
2. Berl. Weißbierbrauerei A.-G. vorm. Gericke.	19. J. C. A. Richter u. Co.
3. Berliner Weißbierbrauerei W. Bönnhoff.	20. Carl Schultz.
4. Berl. Weißbierbrauerei „Friedrichstadt" Julius Bottdorf.	21. H. Schulz.
5. Berliner Weißbierbrauerei Ed. Gebhardt A.-G.	22. Weißbierbrauerei M. Rathgeb.
6. Berliner Weiß- und Malzbierbrauerei Christian Stanch.	23. Weißbierbrauerei H. Schade.
	24. Weißbier-Genossenschafts-Brauerei Süd-Ost E. m. b. H.
	25. Weißbier- u. Malzbierbrauerei Nördl. Vororte G. m. b. H.
	26. Brauerei „Alt-Berlin" Max Hirschwald.

Von 38 Lagerbierbrauereien im Jahre 1910 bestehen noch 15 als selbständige Unternehmungen, von 38 Malz- und Weißbierbrauereien 1910 sind 10 selbständige Brauereien verblieben. Diese wenigen Betriebe versorgen die Vier-Millionen-Bevölkerung Groß-Berlins mit Bier. Jeder Tag kann weitere Zusammenschlüsse bringen, und wenn eines schönen Tages die Aktionäre und Einzelbesitzer besonders gut gelaunt und friedlich gesinnt sein werden, dann überraschen sie uns mit der Mitteilung, daß es nur noch eine einzige Brauerei in Berlin gibt, die die verantwortungsvolle Aufgabe übernommen hat, den Berlinern die Gläser zu füllen.

Diese Zusammenschließung ist eine Angelegenheit, die nicht bloß die beteiligten Kapitalisten angeht, sondern auch die Gesamtbevölkerung, die an der Erzeugung des qualitativ besten und billigsten Bieres in verschiedenen Geschmacksarten hervorragend interessiert ist.

Wenn es den Kapitalisten gefallen würde, wären die gesamten Berliner Brauereien im Verlauf einiger Stunden von einem tüchtigen Notar vertrustet. Es entstände ein Privatmonopol, dessen Umwandlung in einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb ein einfacher Verwaltungsakt wäre.

Nun die wirtschaftliche Seite. Die Zentralisation, die Ausschaltung der kostspieligen Konkurrenz, die Vereinfachung des technischen Betriebes und der Verwaltung würden zu erheblichen Ersparnissen führen. Außerordentliche Ersparnisse würde die Organisation des Transportes, der Bierverteilung, erbringen, wenn man die hohen Unterhaltungskosten des Fuhrparkes berücksichtigt. Heute liegen die Verhältnisse so, daß, wenn die Kapitalisten den Zusammenschluß beschließen, um sich die aus ihm ergebenden Vorteile zu sichern, alles in schönster und bester Ordnung ist, daß aber ein solcher Zusammenschluß das allergrößte Unglück bedeutet, wenn nicht die Kapitalisten, sondern gemeinwirtschaftlich denkende Sozialisten eine solche Forderung aufstellen.

Wenn uns entgegengehalten wird, daß durch das Fehlen der Konkurrenz sich die Güte des Bieres verschlechtern würde, so ist zu bemerken, daß bereits seit langem die verfügbare

Menge Bieres so gering ist, daß ja jeder zufrieden sein muß, wenn er dank besonderer Beziehungen überhaupt beliefert wird. In absehbarer Zeit wird sich daran nichts ändern, die Brauereien sind bereits Monopolisten.

Würde aber ein gemeinwirtschaftlicher Trust gebildet werden mit den hervorragendsten Fachleuten an der Spitze, so würden die im Aufsichtsrat sitzenden Verbraucher, Gastwirte, Arbeiter und Angestellten wohl dafür sorgen, daß berechtigten Klagen nachgegangen würde. Es soll einstmals beim Magistrat Berlin sogenannte „Sozialisierungskommissionen" gegeben haben. Gehört und gemerkt hat die Oeffentlichkeit von ihnen nichts! Aber der Herr Kämmerer, der arg in Nöten ist, interessiert sich sicher für eine solche Organisation. Wie wäre es, Herr Kämmerer, wenn ein Teil der Kapitalprofite, die zurzeit mangels Gerste allerdings bescheiden sind, die aber durch zweckmäßige Organisation sich erheblich steigern ließen, zu Ihnen den Weg fänden?

Ware gegen Ware.

Der Tiefstand des Geldwertes in den verschiedenen Ländern zwingt in Art der alten Naturalwirtschaft wieder zum Tausch von Ware gegen Ware überzugehen. Wir brachten bereits im politischen Teil hierüber heute eine Notiz.

Auf diesem Wege lassen sich die Folgen des entwerteten Geldes, des „gefälschten" Kapitals, im Handelsverkehr zwischen den Nationen in einfachster Weise ausgleichen. Wir werden in Zukunft Maschinen direkt gegen Weizen, Spielwaren gegen Fett, Bijouterien gegen Kaffee usw. tauschen müssen. In einer organisierten Wirtschaft bietet die Ausbildung eines solchen Tauschverkehrs von Zentrale zu Zentrale keinerlei Schwierigkeiten. Leider sind wir von einer solchen organisierten Wirtschaft noch sehr weit entfernt und wird der Widerstand der Handelskreise erst noch niedergerungen werden müssen.

Wir richten an den Genossen Schmidt die dringende Bitte, alles zu tun, um diesem organisierten Warenaustausch die Wege frei zu machen.

Gewerkschaftsbewegung

Beginn der Verhandlungen im Bankgewerbe.

Im Reichsarbeitsamt begannen am gestrigen Mittwoch die Verhandlungen über den Reichsmanteltarifvertrag im Bankgewerbe. Zuerst wurde die Form der Verhandlungen festgelegt. Es soll zunächst eine Generaldebatte über den eingereichten Tarifentwurf stattfinden, dann sollen die einzelnen Spezialpunkte beraten werden. Nach einem oder zwei Tagen Verhandlung soll immer ein Tag ausgesetzt werden. Es wird angenommen, daß die Tarifverhandlungen sich über mehrere Wochen erstrecken werden. Der Schlichtungsausschuß tagt unter dem Vorsitz des Geheimrats Sitzler aus dem Arbeitsministerium. Diese Behörde stellt drei unparteiische Vorsitzende, die aber nach den getroffenen Vereinbarungen zusammen nur eine Stimme abgeben.

Die Teuerungszulagen in der Schuhindustrie.

Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Schuhindustrie fanden in Frankfurt a. M. zentrale Verhandlungen über die Zahlung einer Teuerungszulage statt. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde ein Nachtrag zum Reichstarifvertrage für die Schuhindustrie beschlossen, der folgende Bestimmungen enthält:

Als Ausgleich für die neuerdings eingetretene Teuerung der Lebenshaltung werden Teuerungszulagen gewährt: bis 16 Jahren je nach Ortsklassen 8—13 M., 16—18 Jahre 12—20 M., 18 bis 21 Jahre 17—29 M., über 21 Jahre 21—38 M. wöchentlich.

Weibliche Arbeiter, die Ernährer der Familie sind, erhalten die gleiche Zulage, wie sie für männliche Arbeiter in der gleichen Alters- und Lohnklasse festgesetzt ist. (Als Ernährer der Familie gelten Witwen, ledige Mütter, sowie Ehefrauen, deren Mann im Sinne der R.V.O. erwerbsunfähig ist.)

Heimarbeiter erhalten an Stelle der für die Fabrikarbeiter festgesetzten Beträge eine Teuerungszulage in Form von 25 Proz. auf ihren jeweils erzielten Wochenverdienst.

Mit der vorstehend bezeichneten Teuerungszulage ist gleichzeitig die von der Zentralarbeitsgemeinschaft empfohlene Notstandszulage abgegolten.

Die wöchentliche Teuerungszulage wird bei gesetzlichen Feiertagen, Arbeitsversäumnissen und bei Arbeitszeitkürzungen von längerer Dauer nur anteilmäßig im Verhältnis zur gearbeiteten Stundenzahl bezahlt. Bei Arbeitszeitverkürzungen von kürzerer Dauer wird die Teuerungszulage voll bezahlt.

Die Teuerungszulage tritt mit Beginn der 3. Lohnwoche des Monats Januar in Kraft.

Ein freier Tag für Zeitungsausträger. Am 10. Februar 1920 traten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und die Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes zusammen, um über die Forderung eines freien Tages für die Zeitungsausträgerinnen zu verhandeln.

Von den Vertretern des Transportarbeiterverbandes wurde die Forderung gestellt, daß die Zeitungsverleger in Deutschland auf das Austragen der Sonntagsausgabe ab 1. April d. J. verzichten sollten. Von den Vertretern der Zeitungsverleger wurde mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Schädigung der Zeitungen durch den Verzicht auf die Sonntagsausgabe diese Forderung als unmöglich abgelehnt. Um aber den Wünschen der Zeitungsausträgerinnen nach einem arbeitsfreien Tage entgegenzukommen, erklärten sich die Vertreter des Arbeitgeberverbandes bereit, auf die Montag-Morgenausgabe zu verzichten, trotzdem aber keinen Abzug für die mindergeleistete Arbeit vorzunehmen.

Dieses Entgegenkommen wurde von den Vertretern des Transportarbeiterverbandes als nicht genügend abgelehnt mit dem Hinweis, daß sie zum Abschluß eines Abkommens auf dieser Grundlage nicht ermächtigt seien.

Allgemeinverbindliche Tarifverträge.

Das Reichsarbeitsministerium hat wiederum eine Reihe zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen für Groß-Berlin abgeschlossene Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt. Es sind dies: Tarif für die Markthallenarbeiter und Südfruchtgroßhändler: Beginn der Verbindlichkeit: 1. Dezember 1919. Tarif für das Bäckerei- und Konditoreigewerbe; Beginn der Verbindlichkeit: 27. Oktober 1919. Tarif für die im Kartoffelgroßhandel beschäftigten Kutscher und Arbeiter: Beginn der Verbindlichkeit: 15. Dezember 1919. Tarif für die kaufmännischen und technischen Angestellten der chemischen Industrie; Beginn der Verbindlichkeit: 15. November 1919. Sie erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Fachtarifverträge in Geltung sind. Tarif für die Werkmeister in der Lederfabrikation; Beginn der Verbindlichkeit: 15. Dezember 1919. Sie erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Fachtarifverträge in Geltung sind.

Handelshilfsarbeiter in der Textilbranche und Engros-Bekleidungsindustrie. Eine überaus stark besuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes der Hausdiener und Packer obiger Branchen nahm Stellung zu dem Verhandlungsergebnis mit den Arbeitgeberverbänden zwecks Gewährung von Teuerungszuschlägen. Nach einer lebhaften Aussprache, bei der fast allgemein die Zuschläge der Zeit entsprechend als zu gering bezeichnet wurden, wurde gegen eine Minderheit die neue Regelung der Tariflöhne anerkannt. Die neue Vereinbarung lautet:

Für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 30. März 1920 werden den zur Zeit des Vertragsabschlusses beschäftigten Hausdienern folgende Teuerungszuschläge pro Woche zu den Tariflöhnen gewährt: Jugendliche männliche Arbeitskräfte: 14—16 Jahre 9 M., 16—18 Jahre 18 M., 18—20 Jahre 27 M.

Männliche Arbeitskräfte über 20 Jahre: ledig 42 M., verheiratete ohne Kinder 47 M., mit Kindern 52 M.

Weibliche Arbeitskräfte erhalten 85 Proz. dieser Teuerungszuschläge.

Die Kinderzulage tritt nur in Kraft, wenn es sich um Kinder handelt, die sich nicht bereits in ausgebildetem Berufe befinden. Witwer und Witwen sind als verheiratet anzusehen, wenn sie einen eigenen Hausstand führen. Die Auszahlung der Teuerungszulagen erfolgt am Lohnzahlungstage der 2. Februarwoche.

Für die am 28. und 29. Februar tagende Handelsarbeiterkonferenz wurden Schacht und Wolter einstimmig gewählt und als Ersatzleute Luckow und Liebrucks von der Versammlung bestimmt.

Angestellte der Holzindustrie, des Möbelhandels und der Kredithäuser. Freitag, den 13. d. Mts., abends 6½ Uhr, im Schultheiß-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25: Versammlung der Angestellten der obigen Branchen. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Deutscher Werkmeisterverband. Sonnabend, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im Berliner Ratskeller (Vereinszimmer), Eingang Jüdenstraße: Versammlung der Werkmeister für die Nordöstliche Textilindustrie.

Deutscher Portierverband, Branche der Privatwächter. Sonnabend, den 14. Februar, morgens 9 Uhr, im Lokal von Schimm, Charlottenstraße 7/8: Agitationsversammlung aller auf Bauten, Holz- und Lagerplätzen, Fabriken, Geschäfts- u. Industriehäusern beschäftigten Wächter.

Aus aller Welt.

Deutscher Schoner verschollen. Der deutsche Schoner Henny, 120 Tonnen groß, aus Arnis bei Kappeln, der am 8. Januar Horsens mit einer Ladung Eisen für Kopenhagen verließ, ist laut Horsens Avis verschollen. Die Besatzung bestand aus dem Schiffer Rennoff und drei Mann.

Schweres Brandunglück in Wien. Der Mittwoch abend ausgebrochene Brand hat die Donaubrücke der Nordwestbahn zum Teil zerstört und den Eisenbahnverkehr vorläufig unterbrochen.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Fickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Möbel und kompl. Wohnungseinrichtungen
Herren- u. Speisezimmer
Wohn- u. Schlafzimmer
Hervorragend schön und preiswert in allen Preislagen u. Stilarten
Klubsessel und Sofas in Gobelin und Leder
Spez.-Abteilung f. Vermietung kompletter Einrichtungen, daher stets viele Gelegenheitskäufe
M. Markiewicz G.m.b.H., Berlin W 56, Markgrafenstr. 41

Messing 12 M. Kupfer 20.20, Rotguß 17.–, Zink 5.70, Blei 7.20, Benzinbleche 65.–, Weißmetall b. 30.–, Aluminium 16.– per Kilo zahlt nur Rohprodukten-Großhandl. **Dresdenerst. 13/14** Mpl. 123.3. Kostenlose Abholung. Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

Messing 12 bis 12.50 **Kupfer** 20 bis 21 **Blei 7.00, Zink 6.00, Rotguß 18.–, Reinzinn** bis **65.–, Weißmet. 25.–, Aluminium 14-17** zahlt per Kilo, bei größ. Posten mehr. Metallschmelze Mariannenstr. 24, an der Kottbuser Brücke. Amt Mpl. 10058, Nebenanschl.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts" sind billig und erfolgreich!

Altmetalle Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Edelmetalle kauft höchstzahlend **Metall-Einkauf-Zentrale,** Kottbuser Damm 66. Mpl. 13580.

Messing 12,50, Kupfer 20,20 Gottheim, Mariannenstr. 12.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft **Ingenieurbureau Schlichting** Berlin W 9, Linkstr. 16. Tel. Lützow 3705 und 8518.

Gold-, Silberbruch. Kupfer, Messing, Zinn und Bleigegenstände zahlt höchste Tagespreise Mithandlung, Bärwaldstr. 46. 8715*

Das Weib! Aufklärung d. Weibes über die geheimsten Sorgen ihres Geschlechts. Von Fr. Reiske. Mit 18 Illustrationen. Preis M. 2.— portofrei. Nachnahme 60 Pf. mehr. **Arkona-Versand,** Berlin N 62, Oberberger Straße 29.

Kaninfelle, Hasen-, Ziegen- und Rehfelle, Wildware kauft zu höchsten Tagespreisen jedes Quantum Robert Kandt, Kürschnermeister, Berlin, Mo..straße 68. 3263*

Bücher von denen man spricht. Verlangen Sie kostenlose Prosp. v. Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla.

Möbel u. Polsterwaren, Spezialität Bürgerliche Wohnungseinrichtungen. Solide Arbeit. Großes Lager. Freie Hauslieferung. **M. Goldstaub** Berlin SW. **Belle-Alliancestr. 4** (Hallesches Tor) Gekaufte Möbel können bis auf Abruf bei mir lagern.

Detektivbureau erledigt ... Adalbertst. 4. 1003*

Musikunterricht. Stallschreiberstraße 53. *

Verkäufe

Pelzwaren, enorm billig. Jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Kreuzfüchse, bildschöne, 8. M. Rotfüchse, bildschöne, . M. Alaskafüchse, seidenglänzend, 68 M. Blaufüchse, weiß, 68 M. Pelzkragen und Muffen 28 M. Silberfüchse, Skunks, Iltis und viele andere Pelzarten, ausgesucht schöne Stücke. Riesenauswahl, fabelhaft billig. Selten günstige Gelegenheitskäufe in Damenpelzmänteln. Neueste Mode, erstklassige Verarbeitung. Herren-Pelzkragen . M. Pelzdecke. Spezial-Pelzwarenhaus, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 113/114, kein Laden, nur hochparterre. Fernruf Steinplatz 10461. *

Kreuzfüchse! sowie alle anderen Pelzarten zu staunenerregend spottbilligen Gelegenheitspreisen! Alpakataschen! Schmucksachen! Pelzwarengelegenheitskäufe Warschauerstraße 7. *

Leihhaus Rosenthalerstr., Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe. Kaufen Sie allerbilligst Pelzkragen, Muffen, Rotfüchse, Alaska, Kreuzfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Schmucksachen, Silbertaschen, Alpakataschen. 1886*

Jackettanzüge, Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenstraße 105. *

Bessere Anzüge spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Kuh, Wilhelmstraße ..a, Kochstraßenecke. *

Dauerwäsche (getragene, beschädigte, Reparatur usw.) kauft Stück 30 Pf. Born, Reichenbergerstraße 7. 1868*

Scharfe Schäferhunde kleine Stubenhunde, Hundefutter, Verkauf, Ankauf. Kupieren, Hundebuch 2.50. Schafflands Hundedepot, Wallstraße 28. *

Bettwäsche, prima Qualität, preiswert, noch vorrätig. Wäschefabrik Gräfestraße 39 (am Hasenheide). *

Futterkohlrüben gibt ab Zimmermann, Neue Friedrichstraße 72. Norden 2066. *

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 48/7*

Möbel

Moebel-Hoebel, Oranienstraße 58 (Moritzplatz), Fabrikgebäude. Große Auswahl in übersichtlich aufgestellten Nußbaum-Einrichtungen, weißlackierten und eichenen Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchenmöbeln, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbeln zu soliden Preisen. Besichtigung erbeten. 1019*

Chaiselongues 90.—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Ankleideschränke. Weiche, Auguststraße 82 A, Quergeb.

Schlafzimmer, Küchen, alle Arten Möbel billig. Tischlermeister Harnack, Annenstraße 51. 798

Möbelkaufhaus, 40 Jahre bestehend, Belle-Alliance-Str. 14a, liefert als Spezialeinrichtung Schlafzimmer 1300.—, Herrenzimmer 1850.—, hochelegantes Speisezimmer 2500.—, moderne Anrichteküchen 590.—, Nußbaumwohnzimmer 1880.—, Ankleideschränke 475, Bücherschränke 285.—, Polstergarnitur Spiegelumbau 1450.—, Bettstellen komplett 180.—, Kleiderschränke, Vertikos 150.—, Umbauten, Tische, Standuhren, Ruhebetten sehr billig. Ausstellung. Verliehen gewesene Einrichtungen unter Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lasiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen. Tapezierer Walter, Stargarderstr. 18. *

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5. Auf bar und Kredit finden Sie in großer Auswahl 1- und 2-Stubeneinrichtungen, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, auch einzelne Möbel zu wirklich billigen Preisen. Leichte Zahlungsbedingungen. Liefere auch auswärts. 1258*

Möbel. Infolge günstigen Einkaufs Riesenlager in 4 Etagen. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, einzelne Möbel. Auf Wunsch Teilzahlung. Möbelhaus A. Dewitt, Rosenthalerstraße 46/47. 1868*

Seltene Gelegenheit in großen Speisezimmern von 3-Meter-Büfetts sind billig abzugeben, so lange der Vorrat reicht, sowie einzelne Gegenstände: Umbauten 850.—, Küchen 390.—, gebrauchte Garnituren 450.—, Standuhren 850.—, auch wenig gebrauchte Möbel sind am Lager und werden billig abgegeben. M. Raffken, Kastanienallee 37. 1295*

Ersparnisse beim Möbelkauf. Entzückende farbige Küchen 555, 575, 730 Mark, Stubeneinrichtung mit Sofa 1020 Mark. Bettstellen komplett 228, 264, 280 Mark. Auch Gelegenheitskäufe. Möbelschön, Brunnenstraße 180 (Eingang Anklamerstraße). *

Musikinstrumente

Eingespielte Violinen, Mandolinen, Gitarren, Lauten, Hand- und Mundharmonikas außergewöhnlich billig verkauft Berger u. Co., Oranienstraße 166. *

Bechstein, Piano, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 10 III. 742*

Eingespielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 1368

Pianos, Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. *

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 632*

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter. Scherer, Chausseestraße 106.

Piano, elegantes schwarzes, 3600.—, Klavier 2500.—, Konzertflügel 6500.—, Salonflügel 10 000.—, gebrauchte Pianos, Harmoniums verkauft äußerst billig Berger u. Co., Oranienstr. 166. *

Kaufgesuche

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Metallschmelze Bolden, [illegible] 72, Hof, am [illegible]platz. 1312*

Leitungsdrähte, Kabel, Eisen, Anker-, Spuldraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 199, Moritzplatz 4015.

Schreibmaschinen zu höchsten Preisen kauft dauernd Remington, Friedrichstraße 83. 1405

Schellack, Kilo 100 Mark, Tafelleim, Kilo 18 Mark, zahlt Pieker, Saltstr. 16. *

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 9478. Eigene Schmelze direkte Verwertung.

Kupferabfälle! Quecksilber! Messingabfälle! Zinn! Blei! Stanniolpapier! Platin! Silber! Zahngebisse! Sämtliche Metallabfälle! kauft höchstzahlend. Schmelzwerke! Metallschmelze Baruch, nur Beusselstraße 29. 1182

Platin 245 Mark. Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber, Münzen, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 20 I. rechts. 1488*

Silberschmelze Christionat, nur Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Münzen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle. *

Metallschmelze Mariannenstraße 7a (am Heinrichplatz). Allerhöchste Tagespreise sämtlicher Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber. 1/13*

Altmetalle, Quecksilber zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten. Metallschmelze Invalidenstraße 142. Norden 9649. 702

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder, Prinzenstraße 66. *

Spiralbohrer, 70 Prozent Aufschlag. Werkzeuge kauft Cohn, Christburgerstr. 41. *

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. 1518*

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gekrätze kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Kokoski, Berlin, Brunnenstraße 168. Telephon: Humboldt 1480. Eigene Schmelze, Selbstverbraucher. *

Roßhaare, gebrauchte oder neue, kleinere und größere Posten zu kaufen gesucht. Preisangabe. Kranfeld, Neu-Tempelhof, Hohenzollernkorso 9. 14615*

Kupferabfälle, Messing, Platin, Gold, Silber, Quecksilber, sämtliche Altmetalle, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren vier Einkaufsstellen „Cohn", 1. Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Tennstraße 48 (am Weddingplatz), 3. Bahnhofstraße 2, Ecke Schönebergerstraße (am Anhalter Bahnhof), 4. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 1542*

Metalle! Bedeutende Preissteigerung! Platin! Zahngebisse, Zahn bis 75.—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 4243. 758*

Kupferleitungen, Motore, Dynamodraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Sammestraße 27 I, Alexander 2989. *

Motorfahrzeuge, Cyklonetten, Motorzweiräder, Mannesmann, Bergaler, Zündkerzen, Fahrradgummi, Fahrräder kauft ständig Kämmerer, Große Frankfurterstr. 14. *

Zahngebisse, Platin, Gold, Silber, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze Blumenstraße 68. *

Spiralbohrer, neue, auf Liste 50 Prozent Aufschlag, kauft Bischoff, Sparrstr. 22. *

Unterricht

Kaufmännische Privatschule von Georg Grunow, Belle-Alliance-Straße 106. Schönschreiben, Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Wechselkunde, Rundschriftschreiben. Anmeldungen jederzeit. 1088*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt E. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen: Englisch, Französisch: 25 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Kleine Klassen für Spanisch, Russisch: monatlich 25 Mark. Prospekte kostenlos. Leipzigerstr. 120a, Tauentzienstraße 19a. *

Technische Privatschule Wedding, Reinickendorferstraße 3. Elektrotechnik. Maschinenbau. Tageskurse, Abendkurse. 23/1*

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 683*

Detektive Damm, Invalidenstraße 88, Norden 7218. Ueberwachungen, Ermittlungen. In Aufklärung von Verbrechen Riesenerfolge. *

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialist: Ehesachen! Strafsachen! Gerichtsvertretung! Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Uhrmacher auf Taxameter stellen ein Dünkötter u. Schöbel, Neue Jakobstr. 8. *

Sattler auf Holz- und Handkoffer und Lederkulissen, sowie Schablonierer und Tischler stellt sofort ein Otto Sindel, Schöneberg, Bahnstraße 19/20. 73/4*

Verkäuferinnen mit langjährigen Zeugnissen suchen für diverse Filialen „Nordstern"-Gesellschaft. Lampen- und Wirtschaftsartikel. Zentrale: Köpenickerstraße 31a, Fabrikgebäude. Vorstellung 9—1 Uhr. 8985

Maschinennäherin für Damenwäsche zum baldigen Antritt gesucht. Hesse u. Wiede, Wilhelmstraße 42b, Eingang Zimmerstraße. 8909

Wäsche-Näherinnen für bessere Damenwäsche und Oberhemden für Zickzack und Hohlsaum, Knopflochstepperin, nur geübte Kräfte, elektrischer Antrieb, sucht Fr. Gebauer, Charlottenburg, Franklinstraße 11/15. 1488*

Näherinnen auf Sporthemden wollen sich mit Probearbeit melden. G. Rant, Neue Friedrichstr. 22. 48/11

Reinmacherinnen gesucht. Grünewalds Registrator Co., Personalchef, Friedrichstr. 154.

Mamsells! für Kostümjacken und Mäntel. Wochenlohn l. Tarif. B. Mandelmeier, Steller Simon, Berlin C., Jägerstraße 53. *

Lehrmädchen für Bureau und Botengänge gesucht. Deutsch-Russischer Verein, Hallesche Straße 1, vorn I links. 8835*

Lehrmädchen zur gründlichen kaufmännischen Ausbildung suchen für diverse Filialen „Nordstern"-Gesellschaft, Lampen- und Wirtschaftsartikel. Zentrale: Köpenickerstr. 30a, Fabrikgebäude. Vorstellung 9—1 Uhr. 8985